

# Danziger Zeitung.

Nr 10677.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettwigerstraße Nr. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 L. durch die Post bezogen 5 L. — Inserate liegen für die Petzzeile oder deren Räume 20 L. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## St.-C. Zur Statistik der Gemeindeabgaben in Preußen.

Vor wenigen Tagen hat die königliche Staatsregierung dem Hause der Abgeordneten den Entwurf eines „Gesetzes“, betreffend die Aufbringung der Gemeindeabgaben, zur Beschlussfassung unterbreitet. Es ist bekannt und wurde bereits bei Gründung des Landtages hervorgehoben, daß diese Vorlage auf umfassende Vorarbeiten, zahlreiche Gutachten der sachkundigen Verwaltungsbehörden und namentlich auch auf eine eingehende Untersuchung der überkommenen Verhältnisse ihre gesetzgeberischen Vorschläge stützt. Durch eine besondere Erhebung wurde festgestellt, welche Beträge die Stadt- und Landgemeinden der einzelnen Kreise im Jahre 1876 an Abgaben erforderten und durch welche Umlagen sie dieselben aufbrachten. Die Ergebnisse dieser Aufnahme sind in den Motiven zu dem eingebrochenen Gesetzentwurf niedergelegt, weiter aber noch von dem Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium des Innern, Herrn L. Herrfurth, zu einem ausführlichen Gesamtbilde der gegenwärtig bestehenden und neu zu gehaltenden Communalsteuer-Verhältnisse verwerthet worden. Diese inhaltreiche Abhandlung, welche zwar auf amtlichen Quellen beruht, aber durchaus den Charakter einer Privatarbeit an sich trägt, bietet wertvolle Anhaltspunkte, um die Aufgabe und das Ziel der Gemeindesteuer-Reform in Preußen richtig zu beurtheilen. Sie wird durch die Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus in dem ersten Heft des achtzehnten Jahrganges (1878) veröffentlicht werden; gleichwohl können wir bereits heute einige der Angaben daraus mittheilen, die für das Verständniß des eingebrochenen Gesetzentwurfes unentbehrlich scheinen.

Die Bedeutung, welche der Gegenstand derselben besitzt, ist durch die Erhebung vom Jahre 1876 in ein sehr helles Licht gestellt worden; diese hat ergeben, daß im preußischen Staate (mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande) für die Gemeindezwecke 139 258 243 Mk. an Abgaben gezahlt wurden, d. i. nur ungefähr 11 Millionen Mk. weniger, als die direkten Staatssteuern betragen. Auf die acht älteren Provinzen fielen 116 082 074 Mk., während hier im Jahre 1857 nur 44 849 001 Mk. an Gemeindesteuern aufstanden. Der Betrag derselben hat also in diesen Landesteilen während der letzten zwei Jahrzehnte um nicht weniger als 71 233 073 Mk. oder 158,8 Proc. sich erhöht. Wer die Schwierigkeiten einer Communalfinanz-Statistik kennt, wird von dieser Zahl nicht einen mathematisch genauen Ausdruck für das Annachsen der Gemeindeabgaben erwarten; denn das Erforderniß unbedingter Vergleichsfähigkeit ist hier kaum zu erfüllen. Die für das Jahr 1857 angegebene Zahl umfaßt nur die an die Gemeinde gezahlten Steuern, neben denen die Kirchen- und Schulabgaben gesondert ausgeführt wurden; im Jahre 1876 dagegen mögen die letzteren zu einem Theile wohl den Gemeindesteuern zugeschlagen worden sein, so daß deren Erhöhung bei dieser Gegenüberstellung um einige Millionen Mk. zu groß erscheint. Aber dieser Mangel, der vielleicht feineren und tiefer in die Einzelheiten eindringenden Untersuchungen hindernd

entgegensteht, kann nicht den Schlüß verbieten, daß die gesetzgeberische Frage, welche der vorliegende Entwurf löst, ihre heutige Bedeutung namentlich den letzten Jahrzehnten verdankt. Ohne Zweifel haben Umstände mannschäfter Art diese Entwicklung veranlaßt; jede Stadt und jede Landgemeinde wird vielleicht besondere Gründe anführen, denen sie die Erhöhung ihrer Steuerlast zufügt. Wer aber von örtlichen Erfcheinungen absieht und nach den allgemeinen wirkenden Ursachen forscht, der wird u. A. auch auf die rasche Zunahme der großstädtischen Bevölkerung als Erklärung hinweisen. Dadurch wurde einmal die Zahl jener Gemeinden eine größere, denen ein weiterer Kreis von Verwaltungsaufgaben zu selbstständiger Erfüllung zugemessen ist, und dann erforderete in derselben Stadtgemeinde die steigende Bewohnerzahl immer kostspieligere Anstalten und Anlagen, um den Ansprüchen genügen zu können, die noch schneller als die Bevölkerung wuchsen. So zählte z. B. in Berlin 1843 jeder Einwohner durchschnittlich nur 8,38 Mk. Gemeindesteuern, dagegen 1874 fast den dreifachen Betrag, 24,51 Mk., 1876 20,81 Mk., und in sämtlichen Städten des Staates (jeweiligen Umfangs) fielen auf den Kopf der Bevölkerung 1849 3,77, 1869 6,47 und 1876 9,58 Mk. an Gemeindeabgaben. Um wie viel aber, namentlich weil das Maß der zugestellten Verwaltungsaufgaben ungleich ist, die Steuern in den Stadtgemeinden gegenwärtig höher sind als auf dem Lande, und welche provinziellen Verschiedenheiten sich hierbei zeigen, darüber giebt die vorliegende Arbeit in folgenden Angaben Aufschluß. Im Jahre 1876 wurden an Gemeindeabgaben erhoben

Provinz	in den			in den			in den			in den		
	Stadt	Gemeinden	Land	Stadt	Gemeinden	Land	Stadt	Gemeinden	Land	Stadt	Gemeinden	Land
Bremen	6 423 277	6 858 847	13 282 124	8,59	2,80	4,15						
Brandenburg	24 402 758	30 633 275	27 466 215	14,00	2,21	8,78						
Bremen	2 831 859	1 136 130	3 957 989	5,39	1,58	2,63						
Polen	2 395 472	1 836 134	4 231 606	1,16	2,71							
Schlesien	7 722 764	5 920 807	13 643 571	7,77	2,08	3,55						
Württemberg	5 342 367	3 126 769	8 469 136	6,13	2,41	3,90						
Württemberg	3 936 543	3 528 371	7 464 914	10,84	4,96	6,95						
Württemberg	2 789 625	2 483 321	7 073 146	7,77	5,67	6,31						
Württemberg	12 034 551	7 483 399	12 034 551	11,52	8,03	5,88						
Württemberg	5 682 477	2 955 632	8 638 109	12,05	6,49	8,67						
Württemberg	17 998 888	14 987 933	32 986 821	9,58	3,27	5,42						
Zusammen	84 077 062	55 181 181	139 258 243									

Mit dieser Ungleichheit der Steuerbelastung in den Städten und den Landgemeinden der einzelnen Provinzen ist aber noch eine große Ver-

schiedenheit der angewandten Besteuerungs-Grundsätze verbunden. So ist vor Allem die Beitragspflicht in den einzelnen Gemeinden vielfach verschieden bestimmt; daraus aber ergeben sich Mängel, wie die Doppelbesteuerung derselben Einwohnern, die eine Beseitigung durch gleichmäßige Regelung der Communalsteuer-Verhältnisse um so dringender verlangen, je bedeutender die Gemeindeabgaben werden. Weiter haben dann die Formen der Besteuerung eine sehr ungleiche Bedeutung für den Haushalt der verschiedenen Gemeinden erlangt, und es zeigt sich hier eine größere Mannigfaltigkeit, als die Verschiedenheit der örtlichen Interessen rechtfertigt und die Rücksicht auf gerechte Vertheilung der Umlagen erlaubt. Auch hier also hat die Gesetzgebung eine gleichmäßigeren Gestaltung anzustreben. Wie sehr gegenwärtig diese Verhältnisse in den einzelnen Provinzen abweichen, zeigt unsere Quelle in folgenden Angaben. Es wurden im Jahre 1876 von den Gemeinden erhoben

Zuschläge zu den Gemeinden in den Provinzen	besondere Einkommensteuern		soziale Abgaben
	directe	indirekte	
Bremen	5 926 380	3 192 066	4 163 678
Brandenburg	3 585 807	8 092 925	15 786 544
Pommern	2 057 597	1 146 510	703 882
Polen	2 103 915	942 713	1 184 978
Schlesien	3 866 591	5 440 471	4 336 509
Sachsen	4 082 123	2 742 478	1 644 535
Schleswig-Holst.	2 718 476	1 098 015	3 648 423
Hannover	4 025 481	590 975	2 456 690
Westfalen	7 264 184	8 966 668	803 699
Hessen-Nassau	3 782 356	1 288 184	3 567 069
Rheinland	18 496 586	11 773 495	2 808 749
	zusammen	57 819 996	40 275 500
Davon in den			41 162 747
Stadtgemeinden	29 001 171	31 417 623	23 658 268
Landgemeinden	28 818 825	9 857 877	17 504 479

Auch von den besonderen Gemeinde-Einkommensteuern trägt der größte Theil das Gepräge von Zuschlägen zur Staats-, Klasse- und Einkommensteuer; ein unmittelbarer Anschluß an dieselbe wurde vielfach nur in der Absicht abgelehnt, um die zu dieser Steuer nicht herangezogenen Personen mit Gemeindeabgaben beladen zu können. Infolge dessen darf man rechnen, daß 1876 von der Gesamtheit der Communalsteuern 63 Proc. durch Zuschläge zu den directen Staatssteuern aufzutreten, und von dem Reste noch 34 Proc. durch directe, nur 3 Proc. durch indirekte Abgaben dem Gemeinde-Haushalte zugeführt wurden. Aus demselben sind also augenblicklich die indirecten Steuern, denen die beprochnete Arbeit noch eine besondere Darstellung widmet, durch die directen Abgaben beinahe ganz verdrängt worden. Da aber vielfach Klagen über die allzu hohe Belastung mit directen Gemeindeabgaben laut geworden sind, so wird auch die Frage erörtert, ob in dieser Richtung nicht bereits zu weit gegangen und eine Umkehr angezeigt sei. Der vorliegende Entwurf will dieselbe wenigstens ermöglichen, so weit die Macht dazu in der preußischen Gesetzgebung liegt und nicht reichsgesetzliche Beschränkungen entgegenstehen.

Deutschland. × Berlin, 26. November. Die Wegeordnungskommission hat in ihren letzten Sitzungen den Abschnitt von der Wegepolizei erledigt. Sie hat dabei bezüglich der Anlegung, Verlegung und Einziehung von Wegen einerseits und bezüglich der Unterhaltung der Wege andererseits unterschieden. Die Beschlüsse betreffen die Anlegung, Verlegung und Einziehung von Wegen haben folgende Gestalt erhalten: § A. Zur Anlegung neuer öffentlicher Wege bedarf es einer Genehmigung nicht. Die Anlegung von Gemeindeverbindungen kann jedoch durch Beschuß des Kreisausschusses gefordert werden, wenn: a. das Verkehrsinteresse einer anliegenden Gemeinde in Betracht kommt und eine Übereinstimmung der Beschlüsse der beteiligten Gemeinden nicht zu erreichen ist; b. wenn ein Zugang zu einer Gemeinde durch einen öffentlichen Weg nicht besteht. § B. Zur Einziehung und Verlegung öffentlicher Wege bedarf es, 1) bei Gemeindewegen der Genehmigung des Kreisausschusses; 2) bei Kreisstraßen der Genehmigung des Provinzialausschusses, sofern Verkehrsverbindungen mit Nachbarkreisen in Frage kommen, oder von der Provinz zum Ausbau der einzuhaltenden Straße Beihilfe gewährt sind; 3) bei Provinzialstraßen der Genehmigung des Handelsministeriums, sofern es sich um die Einziehung einer früheren Staatschaussee handelt. S. C. Die projectierte Einziehung und Verlegung eines öffentlichen Weges ist 1) bei Gemeindewegen und Kreisstraßen vom Kreisausschusse durch das Kreisblatt; 2) bei Provinzialstraßen vom Provinzialausschusse durch Kreis- und Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen, mit der Aufforderung, etwaige Widersprüche innerhalb 21 Tagen zu erheben. Wird der Widerspruch auf besondere Rechtsstift gegründet, so erfolgt die Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren. Kann ein solcher Rechtsstift nicht geltend gemacht werden, so beschließt über den Einspruch: bei Gemeindewegen der Kreisausschuss, bei Kreis- und Provinzialstraßen der Provinzialausschuss." — Die Unterhaltung der Wege befreit wurde von einer Seite beantragt, die Aufsicht lediglich durch die Communalaufsichtsinstitutionen und mit deren Mitteln zu führen. Die Commission hat indeß das dem Kompetenzgesetz entsprechende System der Regierungsvorlage beibehalten und nur den Gemeindenvorstehern erweiterte Befugnisse bezüglich der Wegeaufsicht übertragen. — Die Städte betreffend ist nachträglich beschlossen worden: "In den Städten erfolgt die Vertheilung der Wegebaulast nach dem für die Gemeindewegen bestehenden Maßstab oder nach Ortsstatut. Die Aufsicht über die Gemeindewege in den Städten führt die Ortspolizeibörde." — Bezuglich der Einführung der Wegeordnung wurde beschlossen, daß sie in Rheinland und Westfalen erst nach Einführung der Kreisordnung in Geltung treten soll. Ein Antrag, bis nach Einführung der Landgemeindeordnung zu warten, wurde abgelehnt. Betreffs Schleswig-Holsteins wurde die Beschlussfassung ausgesetzt.

N. Berlin, 26. Novbr. In der zweiten Sitzung der Commission für die Justizgesetze wurde die Frage wegen der gesetzlichen Feststellung unten 0,35, oben ca. 0,25 m). Der Stil der Figuren entspricht ungefähr dem der ältesten sogenannten korinthischen Vasen; wie bei diesen, sind die Darstellungen in übereinander liegenden Streifen angeordnet, und zwar in vier. In dem untersten sieht man ein Weib mit vier Flügeln, das in jeder Hand einen Löwen am Hinterschuh hält, ähnlich wie die Artemis, die Pausanias auf der Lade des Königs Kyppelos im Heraion sah. In der zweiten Reihe zielt Herakles als Krieger Bogenschütze auf einen liegenden Kentauren. Auch dies entspricht Alles den Gezwochten der ältesten griechischen Kunst: Heracles knieet noch ohne Löwenhaut und Keule und trägt den Löcher auf dem Rücken, nicht auf der Schulter; die Worderbeine des Kentaur sind menschlich gebildet, wiederum wie auf den ältesten Vasen und auf dem Kyppeloskopf. Auf dem dritten Streifen ziehen zwei Greife einander gegenüber; auf dem vierten drei Adler. Die leeren Räume zwischen den Figuren sind mit Rosetten ausgefüllt, die wie alles auf diesem merkwürdigen Stück mit der größten Sauberkeit und Sorgfalt gearbeitet sind.

Außerdem Funde zur Westgiebelgruppe gehörigen Funde: ein linker Schenkel (vom 25. October), der sich mit dem Rumpfstück eines ausbreitenden Lapithen vereinigen läßt; ein rechter Fuß (8. November), der zu dem Bein eines knieenden Lapithen gehört, und endlich eine rechte Hand (23. October), die einen Scepter oder eine Lanze zu halten scheint.

Außerdem Funde zur Westgiebelgruppe: ein linker Schenkel (vom 25. October), der sich mit dem Rumpfstück eines ausbreitenden Lapithen vereinigen läßt; ein rechter Fuß (8. November), der zu dem Bein eines knieenden Lapithen gehört, und endlich eine rechte Hand (23. October), die einen Scepter oder eine Lanze zu halten scheint.

Außerdem Funde zur Westgiebelgruppe: ein linker Schenkel (vom 25. October), der sich mit dem Rumpfstück eines ausbreitenden Lapithen vereinigen läßt; ein rechter Fuß (8. November), der zu dem Bein eines knieenden Lapithen gehört, und endlich eine rechte Hand (23. October), die einen Scepter oder eine Lanze zu halten scheint.

Außerdem Funde zur Westgiebelgruppe: ein linker Schenkel (vom 25. October), der sich mit dem Rumpfstück eines ausbreitenden Lapithen vereinigen läßt; ein rechter Fuß (8. November), der zu dem Bein eines knieenden Lapithen gehört, und endlich eine rechte Hand (23. October), die einen Scepter oder eine Lanze zu halten scheint.

Außerdem Funde zur Westgiebelgruppe: ein linker Schenkel (vom 25. October), der sich mit dem Rumpfstück eines ausbreitenden Lapithen vereinigen läßt; ein rechter Fuß (8. November), der zu dem Bein eines knieenden Lapithen gehört, und endlich eine rechte Hand (23. October), die einen Scepter oder eine Lanze zu halten scheint.

Eine aus Säulentrümmern und Statuen zusammengesetzte spätägyptische Mauer, die sich von der 2. Säule der Ostfront des Heraions ostwärts hinzieht, hat auf einer Strecke von 7 m. bereits 3 römische Gewandstatuen, leider alle 3 ohne Köpfe geliefert. Die beiden weiblichen Figuren sind mit Künstler-Inscriptions versehen; die eine mit der eines Athener Eros (gefunden den 29. October); die andere mit der des Auloss Sextos (29. October), ebenfalls eines Athener. Es sind mittelalte Wieder

der Bezirke und Sitz der Gerichte aller Kategorien discutirt. Während von einer Seite die sofortige gesetzliche Feststellung auch der Amtsgerichtsbezirke, etwa auf Grundlage eines von dem Justizminister vorgelegenden Tableaus, gefordert wurde, wurde von der andern Seite auf die praktischen Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens hingewiesen, und empfohlen, theils dem Justizminister die erste Bestimmung zu überlassen, jede spätere Änderung aber nur durch Gesetz einzutreten zu lassen, theils jene Facultät mit Rücksicht auf den § 21 des Einführungsgesetzes der Justizverwaltung bis zum 1. October 1881 zu gewähren, theils die Festsetzung der Bezirke der Landgerichte und Sitz der Amtsgerichte bis zum 1. October 1884 dem Minister anheimzugeben, dann aber eine Revision und gezeitige Feststellung vorzunehmen. Die Discussion wurde nicht zu Ende geführt.

— In der dritten Sitzung der Commission wurde die Discussion über die Feststellung der Sitz und Bezirke zu Ende geführt. Neu eingebrachte Anträge bezweckten die Bestimmung der Sitz der Amtsgerichte durch Gesetz, die Bestimmung der Bezirke durch den Justizminister erfolgen zu lassen. In ersterer Beziehung wurde von einer Seite vorgeschlagen, dem Justizminister die erste Anordnung auf Grund einer von ihm noch besonders unter Darlegung seiner Grundsätze und eines Tableaus nachzusuchenden Ermächtigung zu überlassen. Auf der richtigen Festsetzung der Amtsgerichtssitze beruhe im Wesentlichen das Gelingen der Justizorganisation; auch sei die Frage von sehr weittragender finanzieller Bedeutung. Die Landesvertretung könne daher die Mitwirkung bei der Bestimmung der Amtsgerichtssitze nicht aus der Hand geben, bevor ihr nicht ganz klar der Plan des Justizministers vorliege. Bei der Abstimmung erlangte diese Ansicht die Mehrheit der Commission, und es wurde hinsichtlich der Amtsgerichte beschlossen: „Die Sitz der Amtsgerichte werden durch Gesetz bestimmt; die erste Anordnung kann auf Grund einer gezeitigen Ermächtigung durch den Justizminister erfolgen. Die Bezirke der Amtsgerichte werden durch den Justizminister gebildet. Die Änderung der Amtsbezirks-Grenzen zieht die der Landgerichtsgrenzen ohne Weiteres nach sich. Nach dem 1. October 1881 können auch die Bezirke der Amtsgerichte nur durch Gesetz abgeändert werden. Die Bezirke und Sitz der Land- und Oberlandesgerichte sollen durch das gegenwärtig zur Beratung stehende Gesetz, betreffend die Sitz der Land- und Oberlandesgerichte, festgestellt werden.“ Die Debatte war eine überaus lebhafte, die Regierung-Commission trat unter Bekämpfung der Anträge sehr energisch für die Vorlage ein. Ihr Hauptbedenken, daß die Anträge der Regierung eine fast unlösbare Aufgabe zumutheten, wurde damit zurückgewiesen, daß die Regierung jedenfalls nicht mehr Zeit zur Bestimmung der Amtsgerichte durch Gesetz wie durch die Verwaltung nötig haben würde; obschon man nicht verkannte, daß die Fertigstellung der Justizgesetze allerdings dadurch verzögert würde. Nach diesen, allerdings bedeutungsvollsten Beschlüssen wendete sich die Commission zu dem § 1 des Entwurfs, zum Ausführungsgesetz, und nahm denselben an.

○ Berlin, 20. Novbr. Bei den Privaten Eisenbahnen unter staatlicher Verwaltung beträgt das concessionierte Anlagekapital augenblicklich 1 177 999 800 Ml. und die Länge der Strecken, für welche dieses Kapital bestimmt ist, beläuft sich auf 4174,53 Kilometer, so daß auf jeden Kilometer 282 181 Ml. fallen. Bei den unter eigener Verwaltung stehenden Privateisenbahnen beträgt das concessionierte Anlagekapital 3 051 202 207 Ml. und die Länge der Strecken 12 209,04 Kilometer, so daß auf jeden Kilometer 248 989 Ml. kommen. — Nach der amtlicherseits erfolgten vorläufigen Feststellung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche die zum Zollgebiete des deutschen Reichs gehörigen Staaten für das I. und II. Quartal des laufenden Statistikabes am die Reichskasse abzuführen haben, stellt sich das Verhältnis wie folgt: Preußen hat abzuführen 28 928 418 Ml. an Zölle, 35 729 588 Ml. an Rübenzuckersteuer, 8 598 163 Ml.

ein Mann mit der Kollenskapsel neben sich, scheint ohne Inschrift, so weit sich jetzt, da es noch in der Mauer drin steht, darüber urtheilen läßt“

Dr. Georg Treu.

#### Literarisches.

\* Civilprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz für das deutsche Reich nebst den Einführungsgesetzen. Mit Commentar in Anmerkungen herausgegeben von Julius v. Wilmowski und M. Levy, Rechtsanwälten bei dem Königl. Stadigericht zu Berlin. I. Abtheilung. Berlin, Franz Lehmann. Preis M. 7,50.

Von diesem aus der preußischen Anwaltschaft hervorgegangenen, also von Bratlern im eminenten Sinne bearbeiteten Commentar liegt jetzt die eine Hälfte vor, umfassend die Einleitung zur Civilprozeßordnung, den allgemeinen Theil, das Verfahren in erster Instanz, die Rechtsmittel und die außerordentlichen Prozeßarten. Die andere Hälfte, enthaltend den Rest der Civilprozeßordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz, die Einführungsgesetze, Formulare und Sachregister, soll noch im Laufe des November erscheinen. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß zum Verständnis der Gesetze nicht bloß die gegebenen Materialien (gedruckte und ungedruckte) mit Gründlichkeit und der erforderlichen Kritik verarbeitet, sondern auch systematische, durch Kürze und Klarheit hervorragende Übersichten gegeben und in den Anmerkungen viele Fragen von praktischer und wissenschaftlicher Bedeutung angeregt und besprochen sind. Der eine der Verfasser, Justizrat v. Wilmowski, war Mitglied der s. B. vom Bundesrathe zur Ausarbeitung der Civilprozeßordnung eingesetzten Commission, der andere, Rechtsanwalt M. Levy, ist durch seine praktische Tätigkeit, sowie durch seine literarischen Arbeiten auf dem Gebiete des Prozeßrechts hinsichtlich bekannt. — Die Ausstattung des Werkes läßt nichts zu wünschen übrig und so möge dasselbe dem Publikum um so mehr empfohlen sein, als der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Gesetze immer mehr heranrückt und dieselben mehr wie andere der Neuzeit eines eingehenden Studiums bedürfen.

an Salzsteuer, 45 280 Ml. an Tabakssteuer, in Summa 42 701 464 Ml. Hierzu kommen 17 325 526 Ml. an Branntweinsteuer, 4 683 987 Ml. an Brau- steuer. Preußen hat also im Ganzen abzuführen 94 710 957 Ml., eine Summe, von der es bereits im I. Quartal 55 437 086 Ml. abgeführt hat. Die Kaiserlichen Hauptzollämter zu Lübeck, Bremen und Hamburg ruhen im Ganzen an die Reichskasse abzuführen 2 565 010 Ml., Bayern 4 624 792 Ml., Baden 2 755 753 Ml., Sachsen 7 055 320 Ml., Württemberg 2 443 667 Ml., Hessen 1 613 975 Ml. die beiden Mecklenburg 847 412 Ml., die Thüringischen Staaten zusammen 2 588 979 Ml., Oldenburg 224 710 Ml., Braunschweig 6 020 112 Ml., Anhalt 6 547 538 Ml., Elsaß-Lothringen 3 556 636 Ml. Die ganze an die Reichskasse abzuführende Summe beträgt 135 594 891 Ml., von welcher für das II. Quartal abzuführen bleiben 58 015 402 Ml. Von den Thüringischen Staaten bringt Sachsen-Meiningen den höchsten Betrag auf, nämlich 762 996 Ml.

\* Offiziös wird geschrieben: „Die Rede Gneist's ist die wichtigste Manifestation, welche seit längerer Zeit auf dem Gebiete des Kulturkampfes hervorgetreten ist. Die grundsätzliche Stellung der Regierung und der mit ihr verbündeten Parteien ist darin mit großem Geschick und großem Nachdruck ins Licht gestellt. Die Rede dürfte daher noch in besonderer Weise verbreitet werden.“

— Der nächste Gegenstand der Arbeiten der Bundesratsausschüsse wird nach der „Post“ die Novelle zu dem Reichsgesetz über den Unternehmenswohnsitz sein.

— In der nächsten Zeit feiert das älteste Mitglied des preußischen Herrenhauses, seit Jahren Alterspräsident desselben, früher auch Alters-Präsident des norddeutschen und deutschen Reichstages, Geh. Rath Leopold v. Frankenberger-Ludwigsdorf, den Tag, an welchem er vor 70 Jahren in den Justizdienst trat. Der Jubilar ist am 29. April 1785 geboren. Seit 1850 ist er Mitglied der parlamentarischen Versammlungen, zuerst des Parlaments zu Erfurt, wo er schon damals das Alterpräsidium übernahm, das er bis auf den heutigen Tag in den verschiedenen Körperschaften nach einander bekleidet sollte.

\* Der schon kurz erwähnte, von Mitgliedern aller Parteien unterstützte Antrag des Abg. Henze lautet: „Das Haus der Abgeordneten mölle be- schließen: Die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß ein Reichsgesetz erlassen werde, welches ermöglicht, den für gewerbliche Zwecke bestimmten Spiritus unter amtlicher Kontrolle zu denaturiren, und für den denaturirten Spiritus Steuerfreiheit gewährt Motive: Es entspricht den Grundsätzen einer gesunden Steuerpolitik, den Spiritus nur so weit mit einer Steuer zu belegen, als er als Getränk verwendet wird, ihn dagegen steuerfrei zu lassen, so weit er ein technischer Hilfsmittel ist. — Es ist möglich, den Spiritus in der Weise zu denaturiren, daß er als Getränk keine Verwendung finden kann. (Als Beispiel möge hier angeführt werden, daß alles für technische Zwecke gebrauchte Salz in Preußen steuerfrei an die betreffenden Fabriken abgegeben wird.) Die Herstellung von Kartoffelspiritus wird in Deutschland in großem Umfang als landwirtschaftliches Nebengewerbe betrieben, während in anderen Ländern die Fabrikation meist als selbstständiger Industriezweig besteht und Körnerfrüchte verwendet. Bei dem großen Umfang der deutschen Spiritusproduktion ist es sehr wünschenswert, demselben im Innland einen erweiterten Absatzmarkt zu verschaffen. Das geschieht, wenn man nach dem Vorgange anderer Länder, namentlich Großbritanniens und Hollands, den denaturirten Spiritus steuerfrei läßt, und denjenigen Industriezweigen, welche Spiritus als Hilfsmittel verwenden, die Existenzbedingungen erleichtert. Es würde sich auch die Möglichkeit bieten, denaturirten Spiritus nach solchen Ländern zu exportieren, welche sich gegen die Einführung spirituöser Getränke durch hohe Zölle abschließen, und hierdurch würde für die Landwirtschaft sowohl wie auch für die Gewerbe, welche denaturirten Spiritus verwenden, eine neue segensreiche

Quelle des Wohlstandes eröffnet werden.“ Unterstützt ist der Antrag u. A. von den Abg.: v. Czarlinski, v. Dzembrowski, Gerlich, Hankrotz, Hirsch (Danzig), v. Loga, v. Lyskowksi, Plehn, Rückert, Schröder (Danzig), Wagner (Szárgard), Wehr (Bromberg), Wehr (Konitz), Wehl.

Posen, 26. Nov. Probst Brenk in Kosten veröffentlicht in der „Ost. Ztg.“ folgende Erklärung mit der Bitte um Abdruck an diejenigen Zeitungen, welche die Interpellation v. Stabelowski und die sich daran knüpfende Debatte gebracht haben:

„In Abwehr der in der 20. Sitzung des Hauses der Abgeordneten durch den Interpellanten Hrn. Dr. v. Stabelowski wieder mich und meine Collegen erhobenen falschen Anschuldigungen sehe ich mich genötigt hiermit öffentlich zu erklären:

daß der Herr Oberpräsident der Provinz, ehemals zum Provinz von Kosten ernannt, gewiß mein sowohl in seinem Bureau wie in dem erzbischöflichen Palais befindlichen Personalakten einer Durchsicht wird unterworfen und daraus die Gewissheit gewonnen haben, daß ich nicht nur nicht „wegen Missthaten lange Zeit“, sondern auch nicht eine Stunde in irgend einer geistlichen Strafanstalt gesessen habe;

ich muß ferner die Behauptung für eine Lüge erklären, als verfolge ich meine lieben Pfarrei-gefeierten mit handerten von Procesen wegen nicht gezahlter Accidenzen. Gegen dieselben habe ich auch noch nicht einen Proces angestrengt.

Auch die Unterstellung ist völlig aus der Lust ge- griffen, als seien auf meine Veranlassung die biegsigen beiden Herren Marsonare Baczkowski und Bielski aus der Provinz ausgewiesen worden. Schon

6 Monate vor meiner Einführung war gegen die genannten Herren ein Proces wegen Übertretung der Maigesetze aufgehängt gemacht und mit der in Januarfeststellung derselben unterlag es dem Urtheil der höchsten Provinzialbehörde, sich über die im Gesetze vorgehene Maßregel der Ausweisung zu entscheiden. Hierauf habe ich weder direct noch indirekt, ich sage, auf keine Weise eingewirkt, wohl aber mag zu dieser strengen Maßnahme das maßlose Verhalten der katholischen Bevölkerung beigetragen haben, wofür ich indessen nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Bleibt um andere falsche Angaben wie z. B. die Drosslung der Kirche zu Kosten durch einen Corrigenden nicht zu berüthen — kann ich auch den gegen mich erhobenen Vorwurf nicht gelten lassen, als habe ich die kirchliche Autorität negirt. Ich habe nur behauptet und bin auch heute dieser Ansicht, daß es gegen alle kanonischen Rechtstraditionen verstößt, wenn ein staatlich abgelebter Hof — oder die Fiction der sedes impedita zugegeben — ein episcopus in viculis seu impeditus das Recht haben sollte, Jurisdiction zu üben und kirchliche Censuren zu erlassen, während ihm doch die Macht abgeht, diesen Geltung und Nachdruck zu verschaffen. Die meine Ansicht beilegen viele canonische Rechtslehrer, für dieselbe spricht auch das Verfahren in praxi des früheren Fürstbischofs Dr. Fürster.

Gegenüber den Anerkennungen des Abg. v. Jazdewski: „wir seien größten Theils erbärmliche Subjekte“ finden wir — ich spreche hier im Namen aller meiner schwer gekrämpften Kollegen — völlig macht- und wehrlos. Wir können dem Herrn Abgeordneten auf diese Fehl der Investiture absolut nicht folgen. Wir verzichten auf das Recht der Selbsthilfe. Wir erkennen an: mit dieser Anerkennung steht der Herr Abgeordnete einzig und unberroffen da, fast ganz ebenbürtig jenen Herren, die in der „Giwarta“ mich mit Stockprügeln regalirten, die — zuletzt noch vor 14 Tagen — in dem zu Nikolai in Ober-Schlesien erscheinenden „Katolik“ meinen Pfarrei-gefeisten den vorstekten aber wohlgemeinten Platz gaben, mit einer Regel mich aus der Welt zu schaffen. Noch einmal, vor diesem weiten Ausprache des Herrn Abgeordneten strecken wir die Segel und wollen concedieren: ja wir sind gebrüderliche Gefäße, innige Freunde vor dem Herrn; wir haben nur den einen Wunsch, nicht Jemem beigelegt zu werden, der da „im Tempel“ sagte: „Gott sei Dank, ich bin nicht so wie dieser Söller.“ nicht jener Menschenklasse zugesetzt zu werden, welche der Herr mit überflüssigen Gräbern verglichen hatte: wir kennen alle unsere Schwächen; gleichwohl hält uns dies nicht an für die hohen Zielen der Maigesetgebung, so viel an uns ist zu kämpfen: zuwiderst, um für den niederen Clerus gegen die so oft geübte Gewalttat des Episcopats die gesetzliche Schutzwehr zu hätten, ferner: um der katholischen Kirchengemeinde ihr legitimes altes Recht: am Kirchenregimente Theil nehmen zu dürfen — zu wahren resp. zu vindicieren, endlich um der humanen und christlichen Uebung des Toleranz innerhalb unserer katholischen Kirche das Wort zu reden und die Wege zu ebnen. Für dieses Ziel werden wir alle, unbekürt durch

schnüre Angriffe und unenwegt auch weiter kämpfen, jede Unbill leiden und schließlich entweder siegen, oder doch mit Ehren unterliegen.“

Brenk, Probst in Kosten.“

Darmstadt, 22. November. Die Commissionsberathungen über die Civilliste lassen, so weit davon ins Publikum dringt, kaum hoffen daß die Regierungsvorlage so, wie sie der Commission zugekommen ist, angenommen wird. Hierauf lassen sich wohl auch die vom Neuen erfauchenden Gerüchte von Ministerveränderungen zurückführen, denen wir jedoch schon aus dem Grunde keinen Glauben schenken, weil dabei Namen von Candidaten genannt werden, die geradezu unmöglich wären. — Die Einführung der Justizgesetze ist bei uns aus verschiedenen Gründen mit großen Schwierigkeiten verbunden und wird dem Lande schwere Opfer auferlegen. Abgesehen von der voraussichtlich ziemlich bedeutenden Erhöhung des Pensionsfonds, sind viele größere bauliche Herstellungen notwendig, da die vorhandenen Gerichtslocalitäten den Ansprüchen, welche das öffentliche und mündliche Verfahren erheischt, nicht genügen. Nur Darmstadt und Mainz haben bereits Justizpalais, und in Gießen ist ein solches im Bau begriffen. Dazu kommt noch der Dualismus zwischen diesseits und jenseits des Rheins (in Rheinhessen besteht die Doppelheitlichkeit und Mündlichkeit im Civilprozeß schon längst), wodurch eine neue Abgrenzung der Bezirke bei Umwandlung der Friedensgerichte in Amtsgerichte notwendig wird. Für die diesseitigen Provinzen muß die freiwillige von der streitigen Gerichtsbarkeit getrennt werden u. s. w.

○ Aus Mecklenburg, 26. Novbr. Unsere auf dem Sternberger Landtag versammelte Ritterschaft füllt ihre Morgenstunden mit Vorberatungen zu einem Ansturm gegen das Reichscivilstandsgesetz aus. Dabei scheinen sie sich der Politik „von Fall zu Fall“ bedienen zu wollen, weil es ihnen wohl klar ist, daß auf ein Wort aus ihrem hier wohl hochansehenlichen und mächtigen Munde ein Reichsgesetz doch nicht über Nacht umgestoßen werden kann. Auf einer Conferenz am vorigen Mittwoch wurde denn der Beschuß gefasst, von einem Zusammensturz des ganzen Civilstandsgesetzes abzustehen, dafür aber mit allen zu Gebote stehenden Mitteln danach zu streben, daß sein obligatorischer Charakter in einen facultativen umgewandelt werde. Des sicherer Erfolges wegen soll der engere Ausschuß der Ritterschaft die beiden Großherzöge für diese Angelegenheit zu gewinnen suchen und sie an die Spitze dieser Bewegung stellen, damit durch sie auf den Bundesrat eingewirkt werde. Und zwar „wiederholt“ sollen die beiden Fürsten darum angegangen werden, daß wurde dem engeren Ausschuß noch ganz besonders auf die Seele gebunden. — Die großherzogliche Amtsbehörde hat ein altes Strohbachgebäude niederbrennen lassen, um sich von der Zweckmäßigkeit der eisernen Schutzgitter über den Thüren bei Feuersgefahr zu überzeugen. Das Resultat war ein günstiges, da die Gitter das abschließende Dach über den Ausgängen vollständig aufhielten und dieses zwischen den eisernen Stäben nach und nach verbrannte. Es soll nun eine Verordnung in Kraft treten, wonach auch Privathäuser mit weicher Bedachung Schutzgitter über den Thüren anzubringen haben, damit bei Bränden Unglücksfälle, wie sie sonst infolge versperrter Ausgänge so oft zu beklagen waren, verhütet werden. — Die Ritterschaft in corpore hat aus ihrer Specialfasse das von 50 Mitgliedern der Ritterschaft begründete Meierei-Institut in Raden in Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Unternehmens und zur Förderung desselben für 3 laufende Jahre mit einem Zuschuß von 5000 Ml. dotirt.

München, 24. Nov. Die gestrige Sitzung der Abgeordnetenkammer erhielt, wie der „Allg. Ztg.“ geschrieben wird, eine wahrhaft dramatische Gestalt durch die stets sich steigernde Spannung, welche der Verlauf des nun drei Tage währenden Streites um die Aschaffenburgsche Forstakademie erregen mußte. An der Hand des Forstsets, welcher den Rahmen bildete um das eigentliche Kampfobject, die Verlegung der Forstschule von Aschaffenburg nach München, kam man durch die

schon erwähnten neuen statistischen Übersichten auch eine solche über den gesamten Stand der deutschen Handelsmarine während der Jahre 1871 bis incl. 1877. Die vorliegende Skizze des Inhalts wird genügen, um die interessirten Kreise den Wert dieses „Handbuchs“ erkennen zu lassen.

Eine andere Novität, die zum Theil in der selben Sphäre sich bewegt, ist uns zwey aus dem Verlage von C. Schünemann in Bremen zugegangen. In einem von dem Präsidenten des Bundesamtes für Heimathwesen, Hrn. König herausgegebenen kleinen Handbuche, das den Titel führt: „Die deutschen Consuln in ihren Beziehungen zu den Reichs-Angehörigen“, wird das Thätigkeitsgebiet der deutschen Consuln namentlich in ihrem Verhältnis zu dem Handels- und Schifferstande übersichtlich und ausführlich dargelegt und beleuchtet. Der Verfasser hat hierin alle die Befugnisse und Pflichten der Consuln betreffenden Bestimmungen aus den Reichsgesetzen kurz zusammengestellt und commentirt. Ein besonderer Abschnitt ist dem Verkehr deutscher Schiffsführer mit den Consuln im Auslande, ein eben solcher der Zuständigkeiten der Consuln in Reichsstreitigkeiten und dem Kostenwesen gewidmet, während der Anhang das Verzeichniß sämtlicher deutschen Consulate und Gesandtschaften, nach der alphabetischen Reihenfolge der Länder, Städte resp. Gebiete geordnet, enthält. Auch dieses bequeme Instructions- und Nachschlagebuch, dessen Verfasser ebenfalls als die berufenste Autorität gelten kann, wird den Interessenten von manigfachen Nutzen sein.

Nuehe Kalender.  
Trewendt's Volkskalender für 1878 (A. Hofmann u. Co., Berlin. Preis 1 Ml.), mit Beiträgen von Dohm, Trojan, Stettenehim u. A., illustriert von W. Scholz u. A., bedarf keiner besonderen Empfehlung, da er für seinen XIX. Jahrgang bereits eine große Zahl von Freunden findet. Zu bemerk ist nur noch, daß er diesmal auch einen eigentlichen Kalender enthält.

Trewendt's Volkskalender für 1878 (Preis 1 Ml. Verlag von Trewendt u. Sohn in Berlin. W. Leipzigerstraße 133) erscheint nunmehr in seinem 51. Jahrgange, mit vortrefflichen Stahlstichen und künstlerisch durchführten Holzschnitten. Von hervorragenden Schriftstellerin lieferen Beiträge: Baldwin Möllhausen, A. v. Winterfeld, J. Schmidt-Mellin, Auguste und Alice Kurs, Trojan.

Als Beigabe finden wir unter Anderen: Das Denkmal Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten zu Berlin, in seiner vollendet hergestellten nebst ausführlicher Beschreibung der Inschriften u. s. v. (mit Titelbild).

Trewendt's Landwirthschaftlicher Notizkalender für 1878, (in Callico geb. 1,50 Ml., in Leder geb. 2 Ml.) erscheint bereits im fünfzehnten Jahrgang — dies spricht mehr für ihn, als jede Anpreisung. Neben den speziell für den Landwirth wichtigen Tabellen (u. a. Spiritus-Tabellen) und einem Jagdkalender, enthält der Kalender ausführliche Reductions-Tabellen für Mack und Gewicht, sowie ein vollständiges Fahrmarkts-Verzeichniß.

\*\* Im Verlage von Georg Reimer zu Berlin ist dieser Tage ein „Handbuch für die deutsche Handelsmarine“ für das Jahr 1877 erschienen. Herausgeber desselben ist das Reichskanzler-Amt; das „Handbuch“ entstammt also einer unbedingt zuverlässigen Quelle. Dieser Umstand wohl wie seine Reichshaltigkeit werden es den seemännischen Kreisen wie den mit der Schiffahrt in Verbindung stehenden Kaufmännischen und anderen Gewerbetreibenden als eine beachtenswerte literarische Novität erscheinen lassen. Seinem wesentlichen Inhalte nach bildet das „Handbuch“ eine Fortsetzung des zuerst im Jahre 1871 und seitdem alljährlich unter dem Titel „Alphabetisches Verzeichniß der deutschen Kaufahrtsschiffe“ erschienenen Werkes. Es ist aber der Inhalt dieser früheren Jahrgänge hier nicht nur neu redigirt, sondern auch jede seitdem eingetretene Veränderung berücksichtigt, das Buch eingehender und umfassender gestaltet worden. So sind neu hinzugefügt: eine Übersicht über die deutschen Handelschiffe, welchen bis zum August d. J. von deutschen Consularbehörden Flaggen-Altest ertheilt worden sind, tabellarische Übersichten der Seereisen deutscher Schiffe zwischen außerdeutschen

einzelnen Positionen des Staats bis zu der für Reparatur und Unterhalt der Gebäude, bei welcher der Finanzausschuss eine Kürzung von 11 000 Mk. vorschlug. Der Finanzminister erklärte die von ihm verlangte höhere Summe als absolut erforderlich, um die vorhandenen Schäden zu wenden, und die bessere Einsicht drang durch; zwei Patrioten emancipierten sich von dem Terrorismus ihres Clubs, mit 77 gegen 76 Stimmen wurde die Forderung der Regierung bewilligt. Als nun als letztes Capitel des ganzen Staats die hart umstrittene Aachenburger Fortschule an die Reihe kam, sprachen für das Postulat der Regierung Herz (dieser freilich nur bedingt), Böhl und Frankenburger, für den Vorschlag des Ausschusses Hauck und Kurz. Auf eine Frage des letzteren antwortete der Finanzminister: die von ihm in der Debatte mehrmals ausgesprochene Ansicht, das Budgetrecht der Kammer sei kein unbedingtes, sondern durch das Organisationrecht der Krone beschränkt, sei seine persönliche Ansicht, mit den andern Ministern habe er über diese Frage sich nicht benommen. Die Ultramontanen stimmten dann mit 78 geschlossen gegen die Regierung, die anwesenden 75 Liberalen für sie. Zweifelsohne wird die Kammer der Reichsräthe diesen Beschluss beanstanden, wenn dann aber die 78 beharrten, so ist der Conflict da. Der Finanzminister v. Beur hat übrigens, wie bereits mitgetheilt ist, sofort seine Entlassung genommen.

#### Schweiz.

\* Nach dem „Journ. de Gen.“ hat Italien nicht die ganze fünfte Jahresrate an die Gotthardbahn, sondern bloß den Betrag von 4 600 000 Fr., welche dem Fortschritt der Arbeit im Tunnel entspricht, ausbezahlt und sich dabei auf das Protokoll der Luzerner Conferenz berufen, wonach die vollständige Annuität erst nach der Consolidirung der Gotthard-Gesellschaft stattfinden soll. Der schweizerische Bundesrat hält diese Anschaungsweise nicht und hat den italienischen Minister Banadelli darauf aufmerksam gemacht, daß in einer solchen Zurückhaltung des vollständigen Betrages eine Begünstigung Italiens gegenüber den übrigen Subventionsstaaten liegen würde, die, wie Deutschland, die Annuität vollständig bezahlt haben und nun nach italienischer Auffassung eine Verzinsung des über den Tunnelanteil hinausgehenden Betrages beanspruchen könnten.

#### Frankreich.

Paris, 25. Novbr. Niemals vielleicht seit 1789 wurde ein neues Ministerium mit solchem Spott und Unwillen begrüßt, als das vom 23. November. Schon diesen Morgen war alles auf einen großen Act in der Deputirtenkammer gefaßt, in allen Blättern von wirklichen politischen Einstufungen wurde das „Weg mit ihm!“ in allen Tonarten angestimmt. Aber die Stimme der öffentlichen Meinung dringt nicht in's Ohr des Staatsoberhauptes, welches sich rühmt, „daß es bleibe, wo es steht.“ Mac Mahon sieht auf einem Isolierstuhle, vollkommen gesichert gegen die Strömungen der Presse, die er nicht versteht, vielleicht verachtet, und jedenfalls so wenig achtet, daß es ihm verlorene Mühe scheint, ein Blatt in die Hand zu nehmen, das nicht „seine Politik“ vertritt, und was die wenigen, welche dies thun, sagen, das kennt er ja ohnehin schon. Die Presse hat sich aber gerächt: von den Blättern, die das Elysée auch dem 16. Mai noch stützten, fielen einige vor dem 14. October ab; „aber“, steht der „Constitutionnel“ hinzu, „seit dem 14. October verwandelt sich der Rückzug in eine fast allgemeine Flucht, und allerdings haben wir auch tatsächlich seit dem 14. October keine Regierung mehr, sondern nur noch Schatten und Nachgefundenen schalten und walten über unser Hab und Gut und über unsere Geschicke.“ Aber dem Marschall waren die Hände gebunden, er hat den Bonapartisten und den Clericalen Zusagen gemacht, diese haben ihm dagegen die Hilfe des Senats für alle Fährlichkeiten verheißen, und so mußte gezögert werden, bis im Senat die künftigen Ereignisse vorbereitet waren. Die Kammermehrheit wollte nicht, daß das Elysée noch mehr Zeit gewinnen sollte, um vor dem Lande den Heuchler des Friedensstifters zu spielen, sie wollte auch ihren Wählern, die ungeduldig zu werden anfingen, die versprochene Genugthuung geben; die Erbitterung, die leidige Folge langer Conflicte, kam hinzu: so bereite sich die höchst peinliche und äußerst bedenkliche Scene vor, die heute in Versailles spielte, wo das Cabinet Rochebouet, man kann wohl sagen mit Zusätzen gleich einem Haufen in die Ministeruniform gesteckter Latzaien hinausgemischt wurde. Ob die Deputirtenkammer das Recht zu der Erklärung besitzt, „nicht mit diesem Ministerium in Verbindung treten zu können“, da ja doch der Präsident der Republik freie Hand in der Auswahl seiner Minister hat, das mögen die Rechtskundigen Frankreichs entscheiden; jedenfalls werden die Folgen dieser höchst unerquicklichen Sitzung nicht auf sich warten lassen. Im Elysée herrscht seit gestern eine sehr aufgeregte Stimmung. Wie es heißt, wurde dort heute über ein Manifest des Marschalls berathen, in welchem die Lage auseinandergesetzt und die Notwendigkeit einer Wiederauflösung der Kammer dargehalten werden soll. Es gilt noch für unentschieden, ob eine derartige Kundgebung zuerst im Amtsblatt erscheinen oder unmittelbar an den Senat gerichtet werden soll, in welch letzterem Falle das Gesuch um die Bewilligung einer neuen Auflösung der Kammer angeknüpft werden würde. Im Elysée will man die Überzeugung haben, daß der Senat eine zweite Auflösung nicht verweigern werde, da die Constitutionellen, die das Gesetz in der Hand haben, durch ihren Pact an den Marschall gebunden sind. So die letzten Mitteilungen aus dem Elysée. Während aber dort große Verwirrung herrscht, läßt sich keineswegs voraussagen, ob es bei diesem Beschlusse bleiben wird. Die allgemeine Stimmung der Hauptstadt ist eine bitterböse; selbst viele bisherige Anhänger der Regierung fallen ab. Die geistige ministerielle Erklärung wurde in Paris und in allen Gemeinden Frankreichs angeschlagen.

#### England.

London, 25. November. Der Stafford-House-Ausschuss zur Pflege verwundeter und kranker türkischer Krieger unterhält zur Zeit auf dem Kriegsschauplatz fünf beständige Hospitäler, fünf Ambulanzen, fünf Krankenlügen, zwei Eisenbahntransportdienste und einen Feldtransportdienst. Der Ausschuss beschäftigt 42 Aerzte, deren thätige Hilfe von den Patienten hoch anerkannt wird. Die letzten Schlachten in Kleinasien haben einen gewaltigen Zufluss an Arbeit gebracht, und es sollen viele Verwundete sterben, welche bei rechtzeitiger Pflege hätten gerettet werden können. Unter diesen Umständen fordert der Ausschuss zu weiteren milden Beiträgen auf. Auch Lady Burdett Coutts läßt in den Blättern einen Aufruf zu Gunsten eines anderen türkischen Hilfsfonds ergehen. Sie veröffentlicht zugleich Schreiben, welche ihr durch den Botschafter Layard zugegangen sind und das herrschende Elend schildern. — Von den Strikes sowohl in den Baumwoll-Industriebezirken wie hier in London ist neues nicht zu melden. Nebenfahren die streitenden Theile fort, sind innerhalb der im Gejze gezogenen Grenzen zu bewegen. Dies gilt auch von dem Londoner Maurerstreik. Lärrende und gewaltthätige Aufstände werden nach wie vor vermieden, indem sich die feiernden Arbeiter darauf beschränken, die aus der Fremde herangezogenen Maurer durch Überreibung und Geldangebote auf ihre Seite zu bringen, während die Bauherren fest zueinanderstehen und nicht müde werden, Arbeiter vom Auslande heranzuziehen. Die einzigen, welchen die Bewegung bisher zu gute kam, sind die fremden Maurer. — Über die jämmerliche Misere in Schottland ist schon berichtet worden. Der „North British Agriculturist“ schätzt den Ausfall auf 8 Millionen £, eine schwere Einbuße für die betriebsamen schottischen Bäcker. — Bei seinem ersten Erscheinen in England fand das Telefon wenig Würdigung. Nachdem in dessen das deutsche Telegraphenamt das Instrument praktisch befunden und dessen Verwendung angeordnet hat, beobachtet man sich hier, das Verzögerung nachzuholen. In den letzten Tagen wurden in St. Margaret's Bay bei Dover und Sangatte auf der französischen Küste Versuche mit dem Telefon angestellt. Das benutzte unterseeische Kabel hat vier Drähte und misst in der Länge 34 Kilometer. Alle Laute, Singen, Reden, Pfeifen, Lachen, waren klar vernehmbar, selbst die Töne einer Spieluhr ließen sich correct übers Meer telegraphiren; doch wurde der Betrieb auf den übrigen Drähten gleichzeitig eheblich gestört, wenigstens so lange sie sämtlich in Arbeit waren. Sobald zwei außer Betrieb gesetzt wurden, ließ sich der dritte neben der telephonischen Benutzung des vierten mit Leichtigkeit verwenden.

Borvor der längeren Zeit wurde mitgetheilt, daß der größere Theil der zweitausend Mann Truppen verstärkungen, welche bei Beginn der kriegerischen Verwicklungen von hier aus nach Malta entstanden waren, im gewöhnlichen Turnus weiter nach Indien commandirt seien, ohne daß ihre Stelle in Malta erfüllt werden würde. Seitdem haben die Dinge im Osten eine veränderte Gestalt angenommen, und deshalb wohl sind nunmehr zwei neue Regimenter zum Gefecht nach Malta commandiert worden, nämlich das erste Leibregiment und das 61. Infanterie-Regiment. Ein anderer Grund als der angeführte läßt sich, wie gesagt, nicht denken, zumal die verhältnismäßige Überfüllung der Cafetaria in Malta einige Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Es wird schon lange über Mangel an Lazarethaum gellagt. Für die gewöhnliche Besatzung, 5000 Mann, ist genügender Lazarethaum vorhanden. Seit Beginn der kriegerischen Verwicklungen beträgt die Besatzung in dessen gegen 7000 Mann. Bei dieser Gelegenheit läßt sich erwähnen, daß der gegenwärtige Gouverneur von Malta, General v. Straubenzee, in nicht langer Zeit seiner Abberufung entgegenseht. Da gleichzeitig von dem Rücktritt des Gouverneurs von Hongkong, Poole Hennessy — von Barbadoes her bekannt — die Rede ist, so hat sich das Gerücht verbreitet, er sei zum Nachfolger Straubenzee's bestimmt; in Malta ist diese Nachricht mit Jubel aufgenommen worden, denn Hennessy ist ausgesprochener Katholik, und die Mehrzahl der Bevölkerung von Malta bekannte sich zu demselben Glauben. Straubenzee ist Protestant, Hennessy, ein persönlicher Schüling des Premier-Ministers, welchem er seine Laufbahn verdankt, ist ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, wenn er gleich die Kunst nicht besonders versteht, sich beliebt zu machen. Auch in Hongkong hat er einige persönliche Unannehmlichkeiten gehabt. Es wird hier seine Verzettelung auf den Posten in Malta als „nicht unmöglich“ bezeichnet. Indessen dürfte das Colonialamt sich gerade für Malta doch wohl wieder zu Gunsten eines Militärs entscheiden.

#### Rußland.

\* Aus Moskau werden folgende Bissern über die russischen Verluste und die von den Russen erbeuteten Trophäen angegeben: Die Verluste betragen bis Mitte November 67 303 Mann, darunter 14 Generäle, 1 Kaiserlicher Prinz, 4 Prinzen aus dem Hause Rurik, 1 persischer Prinz, 6 russische Fürsten, 12 grusinische Fürsten, 16 Grafen und 21 Barone. Die türkischen Gefangen betragen gegen 44 000 Mann, darunter 16 Pashas, an 500 Offiziere, dazu 701 Geschütze; an Trophäen 200 Fahnen, 2 Monitors, 4 Dampfer. Die an Munitions- und Proviantvorräthen gemachte Beute begreift einen Wert von 14 Millionen Rubel.

#### Amerika.

Santiago, 9. Octbr. Der zum deutschen Minister-Residenten bei der Republik Chile ernannte Geheime Legations-Rath hr. v. Gülich, welcher sich am 11. August in Bordeaux eingeschiff hatte, ist nach einer glücklichen Fahrt (um das Cap Horn) am 17. September in Valparaiso eingetroffen und am 28. derselben Monats hier in Santiago von dem Präsidenten der Republik Chile beauftragt der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden. hr. v. Gülich — schreibt der „Reichsanzeiger“ — der übrigens der spanischen Sprache vollkommen mächtig ist, hat die bei dieser Gelegenheit zu haltende Anrede (ungleich dem früheren Gebrauch) zur großen Befriedigung der deutschen Landsleute in deutscher Sprache gehalten. Diese Anrede, sowie die in spanischer Sprache erfolgte Erwiderung des Präsidenten, welche den wohlwollenden Gefinnungen derselben für die in Chile ansässigen Deutschen und dem Bestreben Ausdruck giebt, die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu erhalten und zu fördern, finden sich im hiesigen Regierung- und Zeitungsausgabe.

#### Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

— Der „N.-Z.“ geht folgendes Telegramm

Er beschäftigt 42 Aerzte, deren thätige Hilfe von den Patienten hoch anerkannt wird. Die letzten Schlachten in Kleinasien haben einen gewaltigen Zufluss an Arbeit gebracht, und es sollen viele Verwundete sterben, welche bei rechtzeitiger Pflege hätten gerettet werden können. Unter diesen Umständen fordert der Ausschuss zu weiteren milden Beiträgen auf. Auch Lady Burdett Coutts läßt in den Blättern einen Aufruf zu Gunsten eines anderen türkischen Hilfsfonds ergehen. Sie veröffentlicht zugleich Schreiben, welche ihr durch den Botschafter Layard zugegangen sind und das herrschende Elend schildern. — Von den Strikes sowohl in den Baumwoll-Industriebezirken wie hier in London ist neues nicht zu melden. Nebenfahren die streitenden Theile fort, sind innerhalb der im Gejze gezogenen Grenzen zu bewegen. Dies gilt auch von dem Londoner Maurerstreik. Lärrende und gewaltthätige Aufstände werden nach wie vor vermieden, indem sich die feiernden Arbeiter darauf beschränken, die aus der Fremde herangezogenen Maurer durch Überreibung und Geldangebote auf ihre Seite zu bringen, während die Bauherren fest zueinanderstehen und nicht müde werden, Arbeiter vom Auslande heranzuziehen. Die einzigen, welchen die Bewegung bisher zu gute kam, sind die fremden Maurer. — Über die jämmerliche Misere in Schottland ist schon berichtet worden. Der „North British Agriculturist“ schätzt den Ausfall auf 8 Millionen £, eine schwere Einbuße für die betriebsamen schottischen Bäcker.

Den lebhaften Correspondenten bei der türkischen Armee aus Sofia, 25. Novbr. zu: „Gestern Räumung von Orhanie; Rückzug über den Paß Náheres brieslich.“

#### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Novbr. Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Cultussets fort und genehmigte denselben bis Kapitel 121 unverändert. Im Verlauf der Debatte erklärte bezüglich der nicht erfolgten Vorlegung des Unterrichtsgesetzes der Cultusminister: Im Anfang des August wurde der mit den Motiven ausgearbeitete vollständige Entwurf den übrigen Ministern zum Meinungs austausch mitgetheilt. Der Finanzminister gab zuerst sein Votum ab, allein von einer Sitzung der Sache, von der verschiedene Zeitungen wissen wollen, ist nicht die Rede gewesen. Das Votum des Finanzministers wurde Gegenstand einer Erwähnung, deren Resultat sich noch nicht in den Händen der übrigen Minister befindet. So steht die Sache augenblicklich. Der Minister, der das Vorhandensein einer Landgemeindeordnung, wenn auch als wichtig für das Unterrichtsgesetz, so doch nicht als unerlässlich bezeichnet hat, schloß mit der Versicherung, daß er die Sache fördern werde, soweit er könne. Das Haus dürfe Vertrauen zu ihm haben.

#### Danzig, 28. November.

\* [Stadtverordneten-Sitzung vom 27. Nov.] Den Vorsitz führt Herr Commerzienrat Bischoff als Vertreter des Magistrats sind anwesend die Herren Oberbürgermeister v. Winter und Stadtrath Strauß.

In geheimer Sitzung erfolgt zunächst eine Befreiung über die auf der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung stehende Wahl von sechs unbefolbten Stadträten. Sodann werden die Klassensteuer-Einschätzungs-Commissionen für das Jahr 1878 den fünf Einschätzungsbezirken wie folgt zusammengestellt:

1. Commission (für den Einschätzungs-Bezirk Vorstadt und Vorstadt, Graben nebst Nebenstraßen): Stadtverordneter Hybner, Stadtverordneter Ahrens, Klempnermeister Schulte, Tischlermeister Rosenberger, Schuhmachermeister Hoens, Küfer-Lufowksi, Küfermeister Erdmann, Schlossermeister Friedland, Rentier-Kutschbach, Procurist Dr. Dase, Tischlermeister Boglowski, Kaufmann B. Kowalewski jun.

2. Commission (Einschätzungsbezirk Rechstadt von der Hundesäge incl. bis zum Alst. Graben): Stadtverordneter Klein, Schulz, Davidsen und Schulte, Kaufmann Kowalewski, Mälermeister O. H. Adams, Sekretär der Kaufmannschaft Ehlers, Tischlermeister Bartsch, Kaufmann Bornfeld, Kaufmann C. Tiege, Kupferschmiedemeister Jasziwinski, Bezirk-Vorsteher de Beer, Rentier-Wulckow, Kaufm. Fr. Janzen, Kaufm. Carl Voigt, Kaufmann Juins, Kaylor, Armen-Commission-Vorsteher Robleder, Vorstehervereins Controleur G. Sauer.

3. Commission (Einschätzungsbezirk Alstadi u. Alst. Graben, Räbm 2c, sowie des Stadtteils am Lazarath): Stadt. Glanitz, Schmitt und Pfannenstiel, Tischlermeister Uhlrich, Zimmermann Koch, Gerbermeister Peuler, Fleischermester Kleia, Mühlensches, Fleischscher, Brauerei-Saabel, Kaufmann Franz Höfe, Küfer Berg, Tischlermeister Hopp, Verwalter Lemmer sen., Inspector Stein, Zimmermeister Schäpe, Kaufm. Koch, Zimmermeister Geiß, Rentier Lemmer jun.

4. Commission (für den Einschätzungsbezirk Langgarten, Niederstadt und Strodtbeck): Stadt. Jul. Womber und Otto Jork, Brauereimeister Dieckmann, Böttchermeister Alendi, Kaufm. Karow, Kaufm. Böhl, Kullmann, Kaufm. A. Claassen, Kaufm. J. W. Peters, Kaufm. v. Kolfow, Böttchermeister Rohde, Kaufm. E. Wendt, Kaufm. Fritz Berens, Holz-Captain Pawlowski.

5. Commission (für den Einschätzungsbezirk Alst. Benswerke und ältere Vorstädte): Stadt. Radewald, Engel und Rommelin, Brauerei-Bes. Bensw., Beirs, Bensw., Vorst. Schmidt, Kastörter Max Haymann, Kaufm. Geppelt, Bäckerei-Bes. Voigt, Kaufm. Hoffstädt, Kaufm. Behrend, Bezirk-Vorst. Braun, Kaufmann de Beer, Bäckerei-Bes. Philipp, Rentier Merkberger, Rentier Mierau, Lehrer Kraatz und Fleischermester Mössler.

Zum Mitgliede der 19. Armen-Commission wird der Rentier Ant. Schimanski zu St. Albrect erwählt und dem Lehrer Wilder eine Gratification von 150 M. bewilligt.

Der Magistrat macht alsdann der in die öffentliche Sitzung eingetretenen Versammlung Mittheilung über die von ihm im Einverständnisse mit der Kämmererei-Deputation betreffs der Biedermeierpachtung von Bürgerwiezen gefassten Beschlüsse und erachtet dieselbe, sich damit einverstanden zu erkläre, daß 1) die Pachtung auf 12 Jahre und nach den bisher abgeleiteten Parzellen statuisse; 2) daß in den Pacht-Contracten festgestellt werde: die Abgaben an Graudsteuer, Gebäudesteuer, Deichkassen-Beiträgen, Provinzial-Beiträgen, Kreis-, Gemeinde- und Schulbeiträgen, soweit sie den städtischen Grundbesitz triffen oder nach dem Verhältniß der Grundsteuer repartirt werden, einschließlich derjenigen Beträgen, welche die Stadt Danzig als Foresie in Bürgerwiezen zu zahlen hat, trägt die Stadtkafe, wogegen der Pächter als Aequivalent hiefür einen Zuschlag von 20 M. für die Mark ihres Pachtzinses mit diesem zugleich in halbjährlichen Raten an die Kämmererei zu zahlen haben. (Der Betrag entspricht der bisherigen Abgabenhöhe.) Alle sonstigen Abgaben sollen die Pächter an tragen verpflichtet sein. Nach einer kurzen Erörterung über einzelne dieser Bedingungen zwischen den Herren Bertram und Oberbürgermeister v. Winter erhält die Versammlung den Vorlage einstimmig ihre Zustimmung.

Von dem letzten Revisionsbericht des städtischen Leihants wird Kenntnis genommen und in Gemeinschaft mit dem Präsidenten der Biedermeierpachtung von Bürgerwiezen gefasste Beschlüsse auch der Fortfall der bisher von den Lehrern an der Gewerbeschule von der seitens der Stadt zahlbaren Hälfte ihrer Gehälter erhebenden Pensionsbeiträge (pro October 1877 bis April 1878 zusammen 72 M. 28 H.) genehmigt.

Die verwitwete Frau Prediger Böck hat sich bereit erklärt, die im hiesigen Stadtmuseum aufgestellte reichhaltige Vogelsammlung ihres verstorbenen Gatten für den Preis von 3000 M. an die Stadt zu verkaufen. Der Magistrat empfiehlt den Ankauf seitens der Privat-Aktionärsbank überwiesenem Fonds für Präzidiumpf und nicht eingelöste Noten. Die Versammlung genehmigt den Ankauf nach einer kurzen Debatte.

Eine Mehrabgabe von 213 M. 80 H. für die Herstellung eines Brunnens am Altewärterhaus, desgleichen von 347 M. 40 H. für Heizung des Rathauses und anderer städt. Räume, von 405 M. 81 H. für den Umbau der Schule zu Schibitz werden nachbewilligt. Zur Aufführung einer Petroleumlampe an der südwestlichen Ecke des ehemaligen Franziskanerlosters (auf dem Hof derselben) bewilligt die Versammlung 37 M. 50 H. Herstellung- und 14 M. jährliche Belohnungsfolien.

Dem Malermeister Schulte, welcher vor seinem Grundstück Latzaike Nr. 14 auf eigene Kosten ein vorchristliches Trottovir hergestellt hat, werden die dadurch der Stadt erwarteten Trottovir Kosten mit 58 M. 65 H. als Vergütung bewilligt. Dem Arbeiter Müllke wird für Abriss des Treppen-Bordanes an seinem Grundstück Nummer 14 eine Entschädigung von 75 M. und freies Trottovir, der Schulgemeinde zu Löblau für

einen Erweiterungsbau an der dortigen Schule der Holzwerth im Betrage von 499 M. 12 H. den nach Danzig berufenen Lehrern Richter aus Löblau bei Pr. Holland, Milkerei aus Beisendorf und Medem aus Bölk werden Umgangskosten-Entschädigungen von 12 M. 90 M. 29 H. 40 H. und 50 M. dem aus Liegnitz hierher berufenen Lehrer Blitz eine solche von 90 M. den zu Probelectionen hierher berufenen Lehrern Umlauf aus Stolp und Schulz aus Gauß Reisefolten mit zusammen 32 M. für den längeren Zeit durch Reisebehörden behinderten Lehrer Kloß Beratungskosten mit 125 M. bewilligt, und ein uneinnehmbarer Kostenüberschuss von 12 M. für Abschluß des Grundstücks Alt. Graben 61 an die Wasserleitung niedergelegt.

Den letzten Gegenstand der öffentlichen Sitzung bildet die Wahl der unbefolbten Stadträte. Mit Ablauf des Jahres 1877 erlischt die 6jährige Wahlperiode der bisherigen Stadträte Herren Hirsch, Oschewski, Kosmas, Wendt, Schirmacher und Zimmermann. Die Herren Hirsch, Kosmas und Wendt haben sich zur Auktion einer Wiederwahl bereit erklärt. Die anderen drei Herren dieselbe abgelehnt. Die Wahl auf neue 6 Jahre ist für jede Stelle in gekrönter Form abgehalten. Wahlgänge verteilt verdeckter Stimmzettel. Es werden berücksichtigt wieder gewählt die Herren Hirsch mit 43, Wendt mit 44 und Kosmas mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen; neu gewählt die Herren Kaufmann Paul Charles mit 23, Apotheker Hendewert mit 41 und Kaufmann Gronau mit 31 von je 44 abgegebenen Stimmen.

Nach einem Erlebnis des Ober-Tribunals, vom 25. Oktober 1

Gente wurde uns ein Sohn geboren.  
Wartenstein, den 26. Novbr. 1877.  
Gymnasialdirector Dr. Schultz  
26) und Frau.

Hente 3½ Uhr entris plötzlich der Tod  
uns unseren lieben zweiten Sohn und Bruder  
**Max v. Wysiecki**

im beinahe vollendeten 24sten Lebensjahr.  
Dieses zeigen statt besonderer Meldung tief  
beträgt an  
die Hinterbliebenen.  
Danzig, den 27. November 1877.

## Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 24. November  
ist am 24. November d. J. in unser Register  
zur Eintragung der Ausschließung der ehe-  
lichen Gütergemeinschaft unter No. 236 ein-  
getragen worden:

dass der Bautechniker (Zimmermeister)  
**Bernhard Emil Johannes Herzog**  
zu Danzig durch gerichtlichen Vertrag  
vom 12. November 1877 für die Ehe  
mit Fräulein Johanna Witt zu  
Langefuhr die Gemeinschaft der Güter  
und des Erwerbes ausgeschlossen und  
bestimmt hat, dass deren eingebrochtes  
Vermögen und Alles was dieselbe wäh-  
rend der Ehe erwirkt, die Eigentümer  
des vorbehaltenden Vermögens haben soll.  
Danzig, den 24. November 1877.

Königl. Commerz- u. Admiralitäts-  
Collegium. (62)

In dem Concurre über das Vermögen  
des Kaufmanns Josef Loewinsohn  
werden alle diesenigen, welche an die  
Masse Anprüche als Concurregläufiger  
machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre  
Ansprüche, dieselben mögen bereits rechts-  
hängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten  
Borrecht, bis zum 28. December er, ein-  
schließlich bei uns schriftlich oder zu Pro-  
tokoll anzumelden und demnächst zur Prü-  
fung der sämtlichen innerhalb der ge-  
dachten Frist angemeldeten Forderungen,  
sowie nach Besinden zur Bestellung des  
definitiven Verwaltungspersonals auf  
den 25. Januar 1878.

Vormittags 10 Uhr,  
vor dem Commissar, Herrn Stadt- und  
Kreisgerichts-Rath Fabian im Verhand-  
lungszimmer No. 16 des Gerichtsgebäudes  
zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird  
geeignetstens mit der Verhandlung über  
den Allord verfahren werden.

Zugleich ist noch eine zweite Frist zur  
Anmeldung bis zum 20. Febr. 1878 ein-  
schließlich festgelegt, und zur Prüfung aller  
innerhalb derselben nach Ablauf der ersten  
Frist angemeldeten Forderungen Termin  
auf den 15. März 1878,

Vormittags 10 Uhr,  
vor dem genannten Commissar überauamt.

Zum Erscheinen in diesem Termine wer-  
den alle diesenigen Gläubiger aufgefordert,  
welche ihre Forderungen innerhalb einer  
der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht,  
hat eine Abschrift derselben und ihrer An-  
lagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in un-  
serm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss  
bei der Anmeldung seiner Forderung einen  
am hiesigen Orte wohnhaften oder zur  
Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten  
bestellen und zu den Akten anzeigen.

Wer dies untersetzt, kann einen Beschluss  
aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-  
gesehen worden, nicht ansetzen.

Denjenigen, welchen es hier an Be-  
kanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte  
Mallison, Wannowski, Goldstand, Justiz-  
Rath Poischmann, Lindner, Martin, Roep-  
pell, Schönau, Weiß, Breitenbach zu Sach-  
waltern vorschlagen.

Danzig, den 16. November 1877.  
Königl. Stadt- u. Kreisgericht.  
1. Abtheilung. (75)

## Bekanntmachung.

Das erbläßliche Liquidationsverfahren  
über den Nachlaß des am 28. Februar 1877  
in Schwed verstorbenen Baumgärtner Paul  
Graebe ist beendet.

Schwed, den 17. November 1877.  
Königl. Kreis-Gericht.  
I. Abtheilung. (99)

## Bekanntmachung.

In der Senkpiel'schen Subhastations-  
sache wird berichtigend bekannt gemacht, dass  
der Grundsteuer-Steinertrag 363,50 Thaler  
beträgt.

Lebaun, den 25. November 1877.  
Königl. Kreis-Gericht.  
Der Subhastationsrichter. (124)

## Nothwendige Subhastation.

Das der Actien-Gesellschaft Preussische  
Portland-Cement-Fabrik zu Böhlischau  
gehörige, in dem Dörfe Böhlischau, Kreis  
Neustadt W.-Pr., beliegene, im Grundbuche  
von Böhlischau Blatt No. 9 verzeichnete  
Grundstück, auf dem sich eine vollständig  
eingeschlossene Cement-Fabrik befindet, soll  
am 11. Februar 1878,

Vormittags 10 Uhr,  
an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der  
Zwangsvollstreckung versteigert und das  
Urteil über die Ertheilung des Zu-  
schlags

am 12. Februar 1878,  
Mittags 12 Uhr,  
gleichfalls an hiesiger Gerichtsstelle verkün-  
det werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der  
Grundsteuer unterliegenden Flächen des  
Grundstücks:

36 Hektare 70 Acre, 60 □ Meter,  
der Steinertrag, nach welchem das Grund-  
stück zur Grundsteuer veranlagt worden:

44,14 Thaler  
Nutzungswert nach welchem das Grundstück  
zur Gebäudesteuer veranlagt worden:  
6090 Mart.

Der das Grundstück betreffende Auszug  
aus der Stenerolle, Abschrift des Grund-  
buch-Blatts und andere dasselbe angehende  
Nachweisen können in unserem Geschäfts-  
lokal eingesehen werden.

Alle Diejeigen, welche Eigentum oder  
anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte  
der Eintragung in das Grundbuch be-  
dürfende, aber nicht eingetragene Rechte

gelten zu machen haben, werben hierdurch  
aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der  
Präclusion spätestens im Bertheilungs-  
Termine anzumelden.

Neustadt W.-Pr., den 16. Nov. 1877.  
**Königliches Kreisgericht.**  
Der Subhastationsrichter. (10)

## Bekanntmachung.

Für die Zwecke der Reichs-Telegraphen-  
Verwaltung sollen im Laufe des Jahres 1878  
mindestens 2267 Stück tieferne Stämme zu  
Telegraphenstangen im Wege des öffentlichen  
Angebots beschafft werden.

Die Lieferungs-Bedingungen sind an den  
Wochentagen während der Dienststunden in  
der Registratur der Ober-Postdirection hier-  
selbst einzusehen und werden auf portofreien  
Antrag gegen Erstattung der Schreibgebühren  
abschriftlich mitgetheilt.

Unternehmungslustige Besitzer von Nie-  
fernwaldbungen wollen ihre Angebote gehörig  
versiegelt mit der Aufschrift:

„Angebot auf Lieferung von Hölzern zu  
Telegraphenstangen“

Bei Abschlüssen für längere Dauer und auf größere Quantitäten werden  
billigere zu vereinbarende Preise bewilligt

Kattowitz D/S, 26. October 1877.

**Bekanntmachung.**

Der General-Agentur  
der Graf Hugo Henckel v. Donnersmarck'schen  
Steinkohlengruben.

**Julius Katz.**

(9505)

# Steinkohlenpreise.

Vom 1. November er, ab bis auf Weiteres sind folgende Verkaufs-  
preise festgesetzt:

## aus comb. Gottessegen-Grube,

Stückkohle 34 Pfg. pro Bentner = 50 Kilo

Würfellohle 33 " " "

Aufkohle 26 " " "

Förderkohle 25 " " "

Kleinkohle 16 " " "

franco Waggon  
ab Station

Morgen-  
roth.

## aus comb. Hugozwang-Grube

(Menzel-Schacht)

Stückkohle 35 Pfg. pro Bentner = 50 Kilo

Würfellohle 35 " " "

Aufkohle 26 " " "

Förderkohle 25 " " "

Kleinkohle 17 " " "

Gute Hoffnung-  
Hütte resp.

Schwien-  
tochlowitz.

Bei Abschlüssen für längere Dauer und auf größere Quantitäten werden  
billigere zu vereinbarende Preise bewilligt

Kattowitz D/S, 26. October 1877.

**Die General-Agentur**

der Graf Hugo Henckel v. Donnersmarck'schen

Steinkohlengruben.

**Julius Katz.**

(9505)

**Zum Spinnen von**  
**Strumpf- und Färbergarnen**  
empfiehlt sich die  
**Gevers & Schmidt'sche Spinnerei,**  
**Züllichau.**

(9742)

## Der Frauenverein der frei-religiösen Gemeinde

bittet auch in diesem Jahre alle Kinderfreunde, die ihm helfen wollen, seinen Böblingen

**Weihnachtsfreude** zu bereiten, um Liebesgaben, zu deren dankbaren

Entgegnahme bereit sind: Frau Durand, Kettnerhagergasse 11/12, Frau Kafemann,

Kettnerbagergasse 4, Frau Röckner, Brüderbänkengasse 11, Frau Quitt, Johannisg. 24.

Königsberg i. Pr., den 20. Nov. 1877.

**Der billigsten Berliner**

**Abendzeitung.**

Da sämtliche Postanstalten und

Zeitung - Spediteure Bestellungen

also pro Monat December

allein zu Mark 1.70 annehmen,

so bietet sich Gelegenheit zu

einem Versuchs-Abonnement auf die

„Deutsche Union“ mit der Gratis-

beilage „Deutsches Heim“.

Bei dem reichen und gediegenen

Inhalte beider Blätter hoffen wir

viele Leser zu erwerben. (98)

**Die Expedition S.W. Berlin,**

Zimmerstr. 94.

Empfiehlt J. Harder, Emans 28.

**Feinsten Leichnig**

Empfiehlt J. Harder, Emans 28.

**Güter jeder Größe**

weist zum Kauf nach O. Emmerich,

Marienburg. (323)

**Pfälzer**

**Weintrauben - Versandt-**

**Anstalt.**

Kurz- und Tafeltrauben in ausgewählten

vorzüglichen Sorten versendet per Pfund zu

36 Pfennig inklusive solider Verpackung

mit Nachnahme die bekannte Ost-, Traubens-

und einheimische Früchte-Handlung von

L. Schneider,

Neustadt a. d. Hardt (Rheinpfalz).

Die Deconomie in dem Ca-

sino - Gesellschaftshause zu

Marienwerder soll vom 1.

April 1878 an einen geeig-  
neten Unternehmer unter

näher festzustellenden Bedin-  
gungen vergeben werden.

Meldungen unter der Adresse

H. U. 136 wolle man an die

Exped. der „Neuen West-

prenz. Mittelstädten“ in

Marienwerder richten. (71)

Thee!

Feinste Pecco-Blüthen,

Souchong,

Congo,

Imperial,

Melange,

halte bestens empfohlen. (9964)

Friedrich Groth,

II. Dam 15.

Richten Mauerlaten in allen Dimensionen,

Bretter, Böhlen, Schalen, Brennhölz,

ischen Bruchwellen und tannen Zollholz

wird täglich billig verkauft Jungstadt.

Holzraum, hinter Lazareth durch Meister

Müller. (125)

J. Abraham,

Hundegasse No. 91.

Eine i. geb. Dame sucht v. 1. Januar in